

NIEDERSCHRIFT

über die 23. Beratung des UVO - Ausschusses am 18.10.2017

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Sahlmann, Ausschussvorsitzende, begrüßt die anwesenden Gäste, die Mitglieder des Ausschusses und die Verwaltung. Es wird festgestellt, dass allen Mitgliedern die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen sind. Der Ausschuss ist beschlussfähig; 7 Gemeindevertreter sind anwesend.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 18.10.2017

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 06.09.2017

Es liegen keine mündlichen und schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vom 06.09.2017 vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

TOP 4 Bericht der Ausschussvorsitzenden

Frau Sahlmann dankt der Freiwilligen Feuerwehr Kleinmachnow, dem Bauhof und allen anderen Kräften für die geleisteten Aufräumarbeiten im Zusammenhang mit dem Sturmtief Xavier. Sie führt weiter aus, dass im Nachgang Bäume gefällt werden, die schief stehen oder die nicht mehr so tragfähig sind. Sie habe die Befürchtung, dass es vielleicht einige Trittbrettfahrer gibt, die Bäume beseitigen, die sonst noch stehen bleiben würden. Sie geht davon aus, dass die Verwaltung ein besonderes Augenmerk darauf legen werde.

Herr Fabian Evermann, Sachbearbeiter Verkehrsplanung/Klima- und Umweltschutz, stellt sich als neuer Gemeindemitarbeiter vor.

TOP 5 Messung der Luftgüte, Errichtung und Betrieb von Luftgütemess-Stationen (Vortrag eines Vertreters des Landesamtes für Umwelt, vgl. u. a.: Antrag DS-Nr. 080/16 v. 30.06.2016, "Kontrolle der Luftgütequalität in Kleinmachnow")

Frau Sahlmann gibt eine kurze Erläuterung. Herr Piekarski ergänzt. Herr Brauer vom Landesamt für Umwelt und Referent der Abt. Technischer Umweltschutz/Luftqualität/Nachhaltigkeit erläutert anhand einer Präsentation die Luftqualitätsmessung im Land Brandenburg und geht auf nachfolgende Punkte ein:

- Grundlagen (rechtlicher Rahmen)
- Luftgütemessnetz Brandenburg
- von der Messung zur Beurteilung
- Beurteilungsergebnisse (EU-Richtlinie)
- behördliche Messungen (Citizen Science)
- Luftdaten.Brandenburg.de (Messwerte vom Luftmessnetz abrufbar)

Folgende Punkte wurden angesprochen diskutiert:

- detaillierte Messungen für Kleinmachnow wurden schon einmal vorgestellt
- App des UBA zur Messung der Luftverschmutzung (Entwicklungsdauer noch ca. 2 Jahre)
- Anzeigetafel für Kleinmachnow
- Messcontainer (große Ausführung) ohne Messgeräte - Kosten ca. 50.000,00 €
- kleiner Messcontainer mit Messgeräte – Kosten ca. 10.000,00 € bis 15.000,00 € - bei beiden Ausführungen kommt es darauf an, was gemessen werden soll
- Durchführung von Messungen mit den Schulen im naturwissenschaftlichen Bereich nicht machbar (Qualitätssicherung); Hochschulen vielleicht
- Berliner Mess-System Blume = Luftgütemess-Netz Brandenburg
- Zusammenarbeit unterschiedlicher Länder und Teilung einer Mess-Station sind möglich
- Rubis-Mess-System (z. B. an Laternen) – Ausrechnung von Jahreswerten möglich

Herr Brauer bietet an, anhand von aktuellen Verkehrs- und Strukturdaten eine neue Berechnung zu machen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die Präsentation nur per Mail an alle Ausschussmitglieder versandt wird (sie wird nicht dem Protokoll beigefügt).

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Liebreuz, Herr Schulz-Kersting, Herr Schramm, Frau Bastian-Osthaus, Frau Storch

TOP 6 Haushalt

TOP 6.1 Haushalt 2018 - hier: Information zur Haushaltsplanung Budget 30 und teilweise Budget 50

UVO 005/17

Frau Leißner erläutert die Fachinformation. Erfreulicherweise sei ein deutlicher Rückgang von Streitigkeiten in den letzten Jahren zu verzeichnen. Selbst bei den doch

sehr prozesseinträchtigen Verfahren wie Straßenbaubeitrag und deren Gebühren, sei ein merklicher Rückgang erfolgt.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die Eckwerte-/Prioritätsliste nachgereicht wird.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Prüfen, inwieweit Debex ein Alternativenanbieter für Kleinmachnow sein könnte (Deutsche Post AG verteilt montags keine Post)
- wiederholte Kritik an der schlechten Qualität der pdf-Dateien
- hohe Portokosten
- wenn Mahnungen nicht fruchten, dann sollten Bußgelder kassiert werden (Parken auf Gehwegen, Nichterfüllung von Anliegerpflichten)
- Schwerpunkte auf Schulwegsicherung und auch auf falschfahrende Radfahrer legen

An der Diskussion beteiligten sich: Frau Storch, Herr Schramm, Herr Weis, Herr Liebrecht, Frau Sahlmann, Frau Bastian-Osthaus

TOP 6.2

Bürgerhaushalt 2018 - TOP 10 Liste

DS-Nr. 146/17

Im Zusammenhang mit dem Bürgerhaushalt 2018 beschließt die Gemeindevertretung zu den einzelnen Punkten der TOP 10 Liste wie folgt:

Platz 1 Nr. 84 Nutzung der Grünfläche zwischen Rathaus Rückseite und Eingang Grundschule Auf dem Seeberg zur Hälfte als eingegitterter Fußballplatz sowie zur anderen Hälfte als Bewegungsparcours für alle Generationen mit Bewegungsgeräten

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 2 Nr. 55 Zuschuss für TKS-Netz erhöhen für bessere Busverbindungen: kürzere Takte für die Busse zu S- und U-Bahn in Zehlendorf und Teltow vor allem in den Hauptverkehrszeiten, sowie ein regelmäßig verkehrender Bus 628 (statt Rufbus) oder eine Linie, die den Bereich Rudolf-Breitscheid-Straße/Märkische Heide/Steinweg abdeckt.

- keine Realisierung in 2018
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 3 Nr. 60 S- und Regionalbahnanschluss muss mit allen Mitteln unterstützt und vorangetrieben werden

- wird unterstützt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Platz 4 Nr. 36 Anlage eines öffentlichen Kompostplatzes, der kostenfrei nutzbar ist

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018

- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 5 Nr. 12 Leinenpflicht für Hunde durchsetzen

- Realisierung in 2018 möglich, gesonderter Beschluss erforderlich
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 6 Nr. 68 Lärmschutz von der BAB 115. Bei Westwind hat man selbst am Arnold-Schönberg-Ring das Gefühl, die AVUS läuft am Rathausmarkt entlang. Hier muss sicherlich für gesamt Kleinmachnow etwas getan werden.

- wird unterstützt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Platz 7 Nr. 16 Aus Sicht der Umweltbelastung sollte der Durchgangsverkehr durch Kleinmachnow staufrei sein. Daher Parkverbot einführen an den Hauptverkehrsstraßen von Kleinmachnow: Ernst-Thälmann-Straße, Thomas-Müntzer-Damm, Zehlendorfer Damm oder Karl-Marx-Straße

- punktuelle Realisierung in 2018 angestrebt
- 2018 Kosten für entsprechende Beschilderung und deren Aufstellung 5.000 €
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 8 Nr. 92 Errichtung von ein oder zwei großen Abenteuerspielplätzen mit mehr Abwechslung für Kinder aller Altersgruppen und mit solider, vielseitiger Ausstattung (Seilbahn, Wasser, Tischtennisplatten, Basketballkörbe, Kletterelemente etc.)

- Ziel ist die Realisierung
- Kosten für Standortsuche und erste Planungsüberlegungen in Höhe von 20.000 € im Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiterbearbeitet

Platz 9 Nr. 88 KITA-Gebühren reduzieren oder sogar abschaffen

- keine Abschaffung der KITA-Gebühren durch die Gemeinde
- keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird durch Überarbeitung der Entgeltordnung weiterbearbeitet

Platz 10a Nr.21 Einstellung eines Stadtjägers

- keine Realisierung beabsichtigt
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird nicht weiterbearbeitet

Platz 10b Nr.15 Schnellstmögliche Umwidmung des Parkraumes im Bereich Rathausmarkt in Kurzzeitparkplätze

- Realisierung eines ersten Konzepts voraussichtlich Ende 2017 durch die gewog
- keine Auswirkungen auf den Haushalt 2018

Frau Sahlmann stellt die Drucksache vor und informiert über das Abstimmungsverfahren im Bauausschuss. Der UVO-Ausschuss wird über die Punkte abstimmen, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen. Im Einzelnen betrifft das die Punkte 2, 3, 5, 7, 10 a und 10 b.

Herr Sahlmann zu Protokoll: „Wie hier die Top-10-Liste von der Verwaltung erstellt wurde und nach der Auszählung, die Häufigkeit der Themen und wie damit umgegangen worden ist, bin ich nicht einverstanden, dass die Verwaltung uns die Beschlussvorlage vorlegt und dann bereits in die Bewertung gegangen ist, dass keine Realisierung beabsichtigt oder möglich ist und nicht weiter verarbeitet wird. Ich denke, die Bearbeitung/die Bewertung sollte auch oder vorab in den zuständigen Ausschüssen vorgenommen werden. Es handelt sich hier um einen Bürgerhaushalt. Ich hatte am Montag schon im Bauausschuss gesagt, dass: Unter einem Bürgerhaushalt stellt sich der Bürger vor, dass für max. 500.000,00 € hier dann auch ein Großteil in 2018 umgesetzt werden kann. Ich habe durchgerechnet, es sind max. 25.000,00 € was diese 11 Punkte der Gemeinde haushaltsmäßig kosten würde. Das wären nicht einmal 10 %. Das sehe ich kritisch und problematisch an. Warum denn schon von vornherein so umgegangen bzw. verfahren wird, auch wenn 3, 4 Punkte, die ich hier nicht aufreihen will, wohl schlecht, nicht realisierbar, nicht umzusetzen sind, da sollte man erstens anders in die zuständigen Ausschüssen mit diesen Vorlagen reingehen und zweitens, wenn dann von diesen 10 oder 11 Punkten nicht eine Umsetzung nach Meinung und Vorstellung der Verwaltung möglich ist, sollte man weiter schauen. Es gibt weitere Vorschläge. Und diese reihen sich auf die Plätze 13, 14,15 etc. an, um dann auch hier mehr Geld auszuschöpfen. In Teltow wurde es auch gemacht. Dort ist eine größere Summe eingestellt worden. Hier sind es immerhin 500.000,00 €. Und wenn dann so wenig dabei rauskommt und eine Reihe von Vorschlägen der Bürger sind gar nicht haushaltstechnisch zu bearbeiten. Sie kosten im Prinzip kaum Geld, wie z. B. die Hundeleinenpflicht. Ich denke der Bürger wird sich fragen, wieso jetzt so wenig umgesetzt wird bzw. umsetzbar ist.“

Im Einzelnen wird wie folgt beraten und abgestimmt:

Änderung zu Platz 2 (Nr. 55) – Zuschuss TKS-Netz

- Keine Realisierung beabsichtigt
- Keine Auswirkung auf den Haushalt 2018
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Wird geändert in:

- Realisierung in 2018
- vorbehaltlich einer Evaluierung und deren Ergebnis werden 30.000,00 € in den Haushalt für die Bezuschussung der benannten TKS-Linien in den Haushalt eingestellt
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Änderung zu Platz 7 (Nr. 16) – Parkverbot an Hauptverkehrsstraßen

- Punktuelle Realisierung in 2018 angestrebt
- 2018 Kosten für entsprechende Beschilderung und deren Aufstellung 5.000,00 €
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Wird geändert in:

- Realisierung in 2018 angestrebt
- 2018 Kosten für entsprechende Beschilderung und deren Aufstellung
10.000,00 €
- Vorhaben wird weiter bearbeitet

Abstimmung zu

Platz 2 (Nr. 55) (Zuschuss TKS-Netz) mit den o. g. Änderungen

5 Zustimmungen / 2 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Persönliche Erklärung zur Abstimmung (Platz 2) von Frau Bastian-Osthaus: „Ich verstehe überhaupt nicht, wieso dieser Antrag begründet wurde mit Dreilinden. Dreilinden ist im Text gar nicht aufgeführt. Das Hauptziel war die Anbindung an Zehlendorf und an die S-Bahn. Insofern finde ich das hier nicht passend.“

Abstimmung zu

Platz 3 (Nr. 60) (S- und Regionalbahnanschluss) ohne Änderungen

7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Abstimmung zu

Platz 5 (Nr. 12) (Hundeleinenpflicht) ohne Änderungen

5 Zustimmungen / 2 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Frau Bastian-Osthaus zu Protokoll: „Ich bitte um Prüfung, ob nicht, wenn eine Leinenpflicht im Ort eingeführt wird, gleichzeitig ein Hunderauslaufgebiet im Ort eingeführt werden müsste.“

Antwort Frau Leißner: „Nein, es gibt keinen Anspruch auf Einführung eines Hunderauslaufgebietes.“

Abstimmung zu

Platz 7 (Nr. 16) (Parkverbot an Hauptverkehrsstraßen) mit den o. g. Änderungen

1. Änderung = 7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

2. Änderung = 7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Gesamtabstimmung = 7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Frau Bastian-Osthaus hätte gerne die rechtliche Regelung, warum die Gemeinde gehindert ist, an diesen genannten Straßen Park- oder Haltverbote einzuführen. Sie möchte nicht den Verweis auf irgendeine Kommission oder Gremium.

Frau Leißner sagt die Beantwortung schriftlich zu.

Pause von 20.25 Uhr bis 20.33 Uhr.

Frau Bastian-Osthaus, Herr Schramm, Herr Dabbagh und Herr Schulz haben die Sitzung verlassen.

Abstimmung zu

Platz 10 a (Nr. 21) (Einstellung Stadljäger) ohne Änderungen

5 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Abstimmung zu

Platz 10 b (Nr. 15) (Umwidmung Parkraum am Rathausmarkt) ohne Änderungen

5 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Eine Abstimmung über die Drucksache Nr. 146/17 erfolgte nicht.

Frau Bastian-Osthaus und Herr Schramm nehmen an der Sitzung teil.

Herr Liebreuz zu Protokoll: „Wir haben mit der Einstellung der Summe von 500.000,00 € einen Pflock eingeschlagen der es möglich macht, letztendlich bürgergetriebene Interessen hier direkt einzubringen. Es kann definitiv nicht so sein, dass, wenn wir nur eine Teilsumme die bei 5 % bis 7 % liegt an den Start bringen, sich der Rest in nichts auflösen wird bzw. dann zurück in den Haushalt gelangt. Ich glaube, das muss dann auch ein Stück Selbstverpflichtung sein, sowohl an uns, die hier als Gemeindevertreter sitzen, als auch die Verwaltung selbst dann entsprechend dem Geiste dieser grundsätzlichen Geschichte als auch den Vorschlägen, die schon gekommen sind, entsprechend weitere Möglichkeiten zu suchen, hier das Geld noch sinnvoll zur Wirkung zu bringen. Ich glaube, das ist eine wichtige Sache.“

Antrag von Frau Sahlmann/Herr Weis: Der Ausschuss beantragt, dass für die entfallenen Punkte im Bürgerhaushalt entsprechend haushaltsrelevante Punkte nachrücken.

Über den Antrag wurde nach kontroverser Diskussion nicht abgestimmt. Den Fraktionen steht es frei, einen Antrag zur GV zu stellen.

Herr Weis zu Protokoll: „Ich möchte noch einmal hinsichtlich des Verfahrens deutlich machen, die Anzahl der eingebrachten Vorschläge und die Zeit in der man überhaupt zu diesen Vorschlägen etwas sagen konnte, war in keiner Form so, dass man sich als Nicht-Regierungs-Organisation wie z. B. Fahrradclub oder Agenda-Gruppe intensiv mit diesen Dingen befassen konnte. Man hatte eine Zeit von glaube 3 Wochen. In dieser Zeit kann man die Dinge nicht abarbeiten und keine Stellungnahmen dazu schreiben. Ich glaube, das ist auch ein Punkt, wo man sehen muss, dass viele Dinge da drinnen stehen in der Gesamtliste, die einfach Bürger sagen, die aber eigentlich in der Bewertung gar nicht möglich sind, sich so schnell dazu zu äußern. Ich glaube nicht, dass die Bürger 400 oder 500 Vorschläge definitiv abstimmen konnten. Dieses Verfahren halte ich selbst, und das habe ich auch per E-Mail mitgeteilt, für falsch.“

Information von Frau Sahlmann: „Sachkundige Einwohner können sowohl Anträge zur Geschäftsordnung als auch Anträge zur Sache stellen, sie können nur nicht abstimmen. Das wurde im Ältestenrat klargestellt.“

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Weis, Herr Liebreuz, Frau Bastian-Osthaus, Herr Schramm, Herr Schulz-Kersting, Herr Sahlmann

TOP 7	Informationen der Verwaltung
--------------	-------------------------------------

TOP 7.1	Mündliche Informationen der Verwaltung
----------------	---

Frau Leibner informiert, dass

1. ein dritter Termin zur Sommerfeldsiedlung geplant sei. Wann und mit welchem Inhalt steht noch nicht fest.
2. Am 07.11.2017 findet um 19.00 Uhr im Bürgersaal des Rathauses eine Präventionsveranstaltung der Polizei zum Thema „Sicherheit und Einbruchschutz“ statt.

TOP 7.1.1 Verkehrsrechtliche Anordnung des Landkreises Potsdam-Mittelmark zum Radverkehr in der Förster-Funke-Allee

Das Gebot, auf dem Radweg zu fahren, ist aufgehoben worden. Der Radfahrer könne nun wählen, ob er auf der Straße oder auf dem Geh-/und Radweg fahren möchte.

TOP 7.1.2 Altes Dorf, Freiflächen ehemaliger Gutshof, hier: Stand des Förderantrages bei der Hans und Charlotte Krull Stiftung (vgl. DS-Nr. 062/17 vom 01.06.2017)

Frau Leißner informiert kurz zur DS-Nr. 062/17. Zurzeit sind zwei Absolventen, die im Bereich Landschaftspflege studieren, mit dieser Aufgabe betraut. Am 19.10.2017 soll ein erstes Treffen stattfinden. Es wird eine Jury geben, die über diese Planung abstimmen wird. Es wird ein Zwei-Stimmen-Prinzip geben; eine Stimme wird von Herrn Grubert und eine Stimme wird von der Stiftung vertreten. Weiterhin gibt es noch ein Sachverständigen-Gremium, bestehend aus der Denkmalschutzbehörde und der Kirche, welches angehört wird, aber kein Stimmrecht hat.

TOP 7.2 Schriftliche Informationen der Verwaltung**TOP 7.2.1 Elektromobilitätskonzept für die Gemeinde Kleinmachnow (Entwurf) BAU 008/17**

Frau Leißner erläutert die Fachinformation.

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- Um eine Förderung zu erhalten, muss eine Beteiligung bis zum 30.10.2017 erfolgen.
- Weinberg-Viertel als Standort mit berücksichtigen
- Überprüfung der Standorte im Detail (z. B. Augustinum – hier handelt es sich um einen privaten Garten)
- Fördersinn liegt auf einer Mittel- und Fernverkehrs-Infrastruktur (Dreilinden) nicht für sogenannte Um-die-Ecke-Verkehre (Schulen)
- Förderprogramm von LK PM möglich
- 7 Cluster werden gefördert
- weitere Verbesserungsvorschläge bitte direkt an die Verwaltung geben

Frau Leißner weist abschließend noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die in der Untersuchung festgelegten 5 Standorte nach Einreichung des Förderantrages nicht mehr geändert werden können.

An der Diskussion beteiligten sich: Frau Bastian-Osthaus, Frau Storch, Herr Weis, Herr Liebrecht

TOP 8 Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen**TOP 8.1 Ausbau von Straßen und Gehwegen in der Gemeinde Kleinmachnow, hier: Allgemeine Festlegungen zum Verfahrensablauf DS-Nr. 140/17**

Für den Ausbau von öffentlichen Straßenverkehrsflächen (Straßen und Gehwegen) in der Gemeinde Kleinmachnow wird der in der Anlage dargestellte Verfahrensablauf festgelegt. Der Bürgermeister wird beauftragt, den für die gemeindeeigenen öffentlichen Straßenverkehrsflächen in baulicher Hinsicht zuständigen Fachdienst Tiefbau/Gemeindegrün/Stadtwirtschaft im Fachbereich Bauen/Wohnen zu veranlassen, die entsprechenden Schritte bei der Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen einzuhalten.

Frau Sahlmann erläutert die Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis des Bauausschusses: einstimmig empfohlen

Es findet keine Aussprache zur Beschlussvorlage statt.

Abstimmungsergebnis:**7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen – einstimmig empfohlen****TOP 8.2 Umgang mit der Satzung auf Grünflächenüberfahrten (DS-Nr. 017/16) vom 30.06.2016**

Frau Leißner erläutert: „Es sind viele Anträge auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung eingegangen. 11 davon befinden sich im Widerspruchsverfahren, 2 von diesen 11 werden positiv beschieden. Es gibt keinen einzigen Antrag, dem eine Gehbehinderung zugrunde liegt bzw. für den eine Ausnahmegenehmigung hätte erteilt werden können. Es gibt einen Krankheitsfall, über den positiv beschieden werden wird, da hier eine besondere Vielzahl von Verletzungen und Erkrankungen einen Sonderfall darstellen.“

Folgende Punkte wurden angesprochen/diskutiert:

- in der Satzung sei klar definiert, wann es Ausnahmen geben muss (Reihenmittelhäuser, Schwerbeschädigung)
- wenn ein Parkplatz auf dem Grundstück nicht realisiert werden kann, so können Schwerbeschädigte (Gehbehinderte) einen Antrag auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum stellen
- Fahrzeuge können auch am Straßenrand in einer Seitenstraße parken
- es wird keine Notwendigkeit gesehen, für Reihenhäuser Sonderwünsche zu erzeugen
- für die Sommerfeldsiedlung gibt es leider immer noch keinen Bebauungsplan
- durchfahrender Verkehr muss gewährleistet sein (Rettungskräfte, Müllfahrzeuge etc.)

Frau Sahlmann erklärt, dass das, was man damals wollte, nicht so realisiert wurde. Es wird einfach anders ausgelegt und da muss man die Satzung ändern.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Sahlmann, Herr Schramm, Herr Weis, Herr

Liebreuz

TOP 9 Offene Postenliste

Frau Sahlmann erklärt, die offene Postenliste nicht behandeln zu wollen, da Herr Dr. Prüger heute nicht anwesend ist. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden.

TOP 10 Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

Anfragen Herr Sahlmann:

1. „Der Stolper Berg sollte im Sommer freigegeben werden?“

Beantwortung Frau Storch: „Das Thema haben wir im Bauausschuss besprochen. Eine Öffnung steht unmittelbar bevor.“

2. „In der E.-T.-Straße zwischen OdF-Platz und Steinweg wurde leider Tempo 30 abgelehnt, aber mir geht es um die Beschilderung dieses Gehweges. Noch zu Frau Neidel's Zeiten wurde seinerzeit begründet, dass dort von der Verwaltung keine Beschilderung erfolgen soll. Hier ist ein Gehweg, die Radfahrer fahren widerrechtlich dort auf diesem Gehweg. Die Schüler fahren aus Sicherheitsgründen auf dem Gehweg (bis 10 Jahre Pflicht). Aber rein rechtlich ist es ja so, um das mal zu erklären, es ist kein Radweg. Es sind dort auch immer wieder Dinge passiert und auch die Polizei war dort schon und hat die Radfahrer darauf aufmerksam gemacht, dass sie falsch fahren. Wann nimmt die Gemeinde hier eine entsprechende Beschilderung vor – ein Gehwegeschild?“

Die Frage wurde nicht beantwortet.

Anfrage Herr Weis: „Ich habe eine Anregung oder eine Anfrage zum Rathausmarkt. Und zwar betrifft das die Fläche die hier vor dem Rathaus ist zwischen den Gewog-Häusern. Ich habe schon mehrfach versucht, hier eine Klarheit zu bekommen. Frau Leißner, Sie haben im letzten Ausschuss gesagt, dass die Feuerwehr einen Probeinsatz gemacht hat wegen der Feuerwehrebewegungsfläche. Ich habe die Frage an die Verwaltung und an die Ausschussvorsitzende: Gibt es die Möglichkeit, dass in der nächsten Sitzung die Feuerwehr das einmal konkretisiert, welche Anforderungen sie nicht erfüllt sieht. Hintergrund ist, dass wir als Agenda-Gruppe Verkehr, als Arbeitsgruppe Mobilität barrierefrei im Rathausmarkt uns beschäftigen wollten, aber festgestellt haben, dass in dem Plan, der uns netterweise überlassen wurde, die FW-Bewegungsflächen nicht enthalten sind. Und wenn man sich das genauer ansieht, ist es sehr oft und gerade bei Nutzung mit Veranstaltungen (Karussells) schon optisch erkennbar, dass die FW-Bewegungsflächen auf dem Rathausmarkt belegt werden und man definitiv mit einem FW-Fahrzeug, ganz egal in welcher Größe, auf diesem Platz keine Bewegung machen kann. Im Übrigen wurde eine Genehmigung erteilt für einen Schankgarten auf dem Rathausmarkt wo jetzt feste Schirmständer montiert wurden, die von der FW nicht einfach beiseitegeschoben werden können, wie die Stühle.“

Herr Hermann stellt die Nachfrage zum Anbringen eines grünen Pfeils an der Kreuzung Ernst-Thälmann-Straße/Hohe Kiefer in Richtung Rewe und zur Korrektur der Ampelphase. Weiterhin sei die Straße an der Kreuzung W.-Seelenbinder-Str./Hohe Kiefer (von der W.-S.-Binder-Str. links abbiegend in die Hohe Kiefer) aufgrund der dort linksseitig parkenden Autos nicht einsehbar. Vielleicht könnte der erste Parkplatz wegfallen?

Frau Leißner nimmt die Fragen/Anregungen auf.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Kleinmachnow, den 07.11.2017

Barbara Sahlmann
Vorsitzende des UVO - Ausschusses

Anlagen
Anwesenheitsliste